

NS-Arzt: Seine Ehrung sorgt für neue Verdienstkreuz-Regeln

Aberkennung: Neuigkeiten vom Bundespräsidenten gab es auf der Mahn- und Gedenkstunde für Opfer von Patientenmord und Zwangssterilisation. Der Bürgermeister bekennt sich zur Schuld der Stadt

Von Frank-Michael
Kiel-Steinkamp

■ **Herford.** Es ist nicht möglich, das Bundesverdienstkreuz einer so geehrten Person nach deren Tod wieder abzuerkennen – egal, an welchen Verbrechen er beteiligt war. Der Fall des tief in Zwangssterilisationen zur NS-Zeit verstrickten Herforder Amtsarztes Dr. Heinrich Siebert soll aber der Ordenskanzlei des Bundespräsidenten als Beispiel dienen, um die Verfahrensweise der höchsten Ehrung zu verändern. Das berichtete Wolf Müller vom Kuratorium *Erinnern, Forschen, Gedenken* in seiner Rede zur alljährlichen Mahn- und Gedenkveranstaltung für die Opfer von Patientenmord und Zwangssterilisation in der NS-Zeit am Dienstagabend.



Schweigeminute: Am Mahnmal für die Opfer des Faschismus in der Nähe des Daniel-Pöppelmann-Hauses legten Bürgermeister Tim Kähler und Vertreter des Kuratoriums *Erinnern, Forschen, Gedenken* Kränze nieder.

FOTO: FRANK-MICHAEL KIEL-STEINKAMP



Unverdiente Ehrung: Dr. Heinrich Siebert bekam das Bundesverdienstkreuz am Bande 2. Klasse verliehen.

FOTO: FREIE PRESSE

Wolf Müller vom Bundespräsidenten eingeladen

Siebert war es gelungen, seine Taten im Entnazifizierungsverfahren zu verschleiern und daraus als Mitläufer mit einer scheinbar weißen Weste hervor zu gehen. Er konnte seine Karriere in der jungen Bundesrepublik hochangesehen fortsetzen, bezog hohe Gehälter und Pensionen und wurde sogar mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande für seine Verdienste um das öffentliche Gesundheitswesen ge-

ehrt. Das Kuratorium findet das umso empörender als die Opfer meist leer ausgegangen sind oder nur geringe Entschädigungen bekamen. Das Kuratorium hat Dokumente zu Sieberts Verhalten zwischen 1935 und 1945 als Stellvertreter und später als Leiter des Gesundheitsamtes zusammengetragen, um ihm die Ehre wieder aberkennen zu lassen. Helga Kohne vom Kuratorium trug am Dienstag Einzelheiten vor. Man geht von mindestens 188 Zwangssterilisationen vermeintlich erbkranker Menschen im Sinne der NS-Rassenhygiene aus, für die der

Mediziner verantwortlich gewesen ist. „Stadt und Verwaltung hätten von Sieberts Schuld wissen müssen“, sagte Wolf Müller. Mit Hilfe von Landrat Jürgen Müller wurden die Unterlagen an das Bundespräsidialamt geschickt, um das Aberkennungsverfahren in Gang zu setzen.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier antwortete in einem Brief, dass die posthume Aberkennung der Ehrung zu seinem Bedauern nicht möglich sei. Er unterstütze und begrüße aber den Vorstoß und erkenne die Aktivitäten des Kuratoriums an. Wolf Müller

wurde dann mit Ehefrau vom Bundespräsidenten zum Sommerfest eingeladen. An der lange Warteschlange vor Schloss Bellevue vorbei sei er zum Gespräch in die Ordenskanzlei geführt worden, erinnert sich Müller gern. Dort habe man den Wunsch zu einer Zusammenarbeit geäußert, um die Verfahrensweise zur Ordensverleihung neu zu bedenken. Vergleichbares solle heute nicht noch einmal passieren. Man habe keine anderen konkreten Fälle als Beispiel.

Bürgermeister Tim Kähler sprach im Namen von Stadt und Kreis Herford. Er dankte

dem Kuratorium auch dafür, dass es mit seiner Hilfe gelungen sei, vier Stolpersteine für Euthanasieopfer in Herford zu verlegen. Noch immer sei das Thema nicht ausreichend aufgearbeitet. Forschungen zu Opfern seien aus Personenschutzgründen immer noch schwierig. Deshalb sei es ein besonderer Verdienst, dass das Kuratorium 2003 die Verstrickung der staatlichen und kommunalen Gesundheitsämter und insbesondere ihrer Amtsärzte hervorgehoben und namentlich benannt habe. Es sei eine Schande, was die Ärzte und ihre Mittäter angerich-

tet haben. Noch schändlicher sei es, dass der Herforder Stadtarzt Siebert nicht als einziger bruchlos weiter als Leiter des städtischen Gesundheitsamtes tätig sein konnte.

„In Nachrufen wurde er humorvoll als ‚Herfords Onkel Doktor‘ verharmlost“, sagte Kähler. „Wenn alle diejenigen, die von ihm in den Nachkriegsjahren im Gesundheitsamt geimpft wurden, gewusst hätten, dass aufgrund seiner Tätigkeit wenige Jahre zuvor noch Kranke und Kinder ‚abgespritzt‘ und mit Gas getötet worden waren, wäre es sicher nicht zu diesem Bild gekom-

men.“ Kähler sprach sich für eine symbolische Aberkennung der Ehrung aus. Er stelle sich damit der Verantwortung für die vergangenen Taten der Herforder Stadtverwaltung. Nie wieder dürfe es möglich sein, dass politische und ideologische Maximen das Handeln bestimmen und im Namen der Ideologie Menschen töten und verletzen.

Tim Kähler: „Gegen alle eugenischen und rassepolitischen Ansätze, die durchaus wieder in politischen Parteien des rechten Spektrums diskutiert werden, muss klare Kante gezeigt werden.“